

**20. August 1972: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU
Über einige Schritte bezüglich der BRD hinsichtlich des Inkrafttretens des Vertrages vom
12. August 1970***

Geheim. Ex. Nr.

1. Der von der Abteilung des ZK der KPdSU und vom Außenministerium der UdSSR vorgelegte Plan einiger auf die BRD bezogener Schritte im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Vertrages vom 12. August 1970 ist unter Berücksichtigung der Korrekturen zu bestätigen (Anlage).

2. Dem Außenministerium der UdSSR, dem Staatlichen Planungskomitee der UdSSR, dem Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technik des Ministerrates der UdSSR, dem Ministerium für Außenhandel und den entsprechenden Behörden und Organisationen ist der Auftrag zu erteilen, in ihren Zuständigkeitsbereichen mit der Umsetzung der im Plan festgelegten Maßnahmen zu beginnen.

Der Sekretär des ZK

Geheim. Ex. Nr.

PLAN
ÜBER EINIGE SCHRITTE BEZÜGLICH DER BRD HINSICHTLICH DES INKRAFTTRE-
TENS DES VERTRAGES VOM 12. AUGUST 1970**

I. Auf politischem Gebiet

Die Beziehungen UdSSR – BRD

a) Unter Berücksichtigung des bevorstehenden Wahlkampfes in der BRD und der Notwendigkeit, unter diesen Bedingungen die Wirksamkeit seines außenpolitischen Kurses zu demonstrieren, zeigt W. Brandt Interesse an einem neuen Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev. Der Wunsch nach einem solchen Treffen wurde vom Kanzler der BRD schriftlich über den vertraulichen Kanal geäußert.

Wünsche zu Zeitpunkt und Ort des Treffens äußerte W. Brandt bislang nicht. Er verstehe, dass es für L. I. Brežnev schwierig sei, unmittelbar vor den westdeutschen Wahlen in die BRD zu reisen. Ebenso sei es auch für den Kanzler der BRD nicht einfach, derzeit eine neue Reise in die Sowjetunion anzutreten. Angesichts dessen könnte wohl ein Treffen an einem neutralen Ort angedacht werden.

Wenn es keine weiteren Überlegungen gibt und keine Komplikationen in der innenpolitischen Lage auftreten, wäre es zielführend, das Ersuchen W. Brandts um ein neues Treffen wohlmeinend zu behandeln. Ein solches Treffen könnte, ähnlich den Gesprächen in Oreanda, Arbeitscharakter haben. Am geeignetsten würde sich wohl ein Zeitpunkt von eineinhalb bis zwei Monaten vor den Wahlen in der BRD anbieten.

b) Die Frage offizieller Besuche sowjetischer Führer in der BRD entsprechend den Einladungen der westdeutschen Seite ist später und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lage in der BRD zu prüfen.

c) Entsprechend der Bitte der Führung der Deutschen Kommunistischen Partei ist im ZK der KPdSU zwecks Meinungs austausches über die Taktik der westdeutschen Freunde während des Wahlkampfes ein Treffen mit einer Delegation der DKP abzuhalten. (Internationale Abteilung des ZK.)

* RGANI, F. 3, op. 69, d. 431, S. 107. – Entwurf mit hs. Korrekturen als Beschlussvorlage zu Punkt 21 des Prot. Nr. 59. Hs.: „P[rotokoll] 59/21, 20. August 1972.“ Stempel: „25406.“

** Ebd., S. 108–117. – Anlage zu Punkt 21 des Prot. Nr. 59.

d) Über die entsprechenden Behörden sind an nachstehende Minister der BRD Einladungen zu versenden, die UdSSR im Laufe der Monate August und September 1972 zu besuchen: an Gesundheitsministerin Strobel, an den Minister für Bildung und Wissenschaft, Dohnanyi, und an den Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Ahlers. Zu bestätigen ist die Einladung an Landwirtschaftsminister Ertl.

e) Entsprechend der in Oreanda erzielten und im Zuge der darauffolgenden Kontakte von westdeutscher Seite bestätigten Übereinkunft ist die Praxis der Beratungen mit der BRD auszuweiten, was in gleicher Weise für den Austausch von Meinungen und Informationen über die Haltungen der UdSSR und der BRD zu unterschiedlichen internationalen Fragestellungen gilt.

Entsprechend den Wünschen der westdeutschen Seite ist dem Auswärtigen Amt der BRD vorzuschlagen, vor Beginn der multilateralen Vorbereitungen zur gesamteuropäischen Konferenz bilaterale Beratungen abzuhalten, in denen die Haltungen der jeweiligen Seiten zu erörtern sind. Dabei gilt es vor allem, gemeinsame Aspekte in der Herangehensweise bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz herauszufinden und zu stärken.

Bei der Ausweitung der dienstlichen Kontakte mit dem Auswärtigen Amt der BRD ist auch denjenigen Fragen Beachtung zu schenken, in denen die Interessen der UdSSR und der BRD nicht direkt kollidieren (die Lage im Nahen Osten und in Asien). Gleichzeitig damit gilt es, nicht von einer Erörterung jener Fragen Abstand zu nehmen, die für die BRD von Interesse sind und bei denen die Erzielung eines besseren Verstehens der jeweils anderen Seite möglich erscheint (Fragen der Abrüstung u. a.).

f) Für den Fall, dass die westdeutsche Seite Interesse an einem Austausch von Militärattachés zeigt, ist unsere positive Haltung zur Lösung dieser Frage zu bestätigen, wobei dies im Einklang mit der Übereinkunft und unter den Bedingungen zu geschehen hat, die beim Treffen in Oreanda besprochen wurden.

II. Fragen zur jeweiligen Umsetzung der Absichtserklärung

a) Die Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD

Die Mitwirkung beim Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD ist unsere Linie, wobei von jenen Verpflichtungen auszugehen ist, welche die BRD im Rahmen der Absichtserklärung übernommen hat (Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung, Achtung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit beider Staaten usw.).

In Bezug auf die konkreten Fragen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, die von westdeutscher Seite gestellt wurden (Familienzusammenführung, Ausweitung von Reisen und Besuchen, Grenzverkehr, Genehmigung von Eheschließungen zwischen Bürgern der DDR und der BRD u. ä.), wäre es zielführend, den Freunden mitzuteilen, diese nicht in den Vertragstext aufzunehmen. Man könnte diese Fragen aus dem Vertragsrahmen streichen und Wege zu ihrer Lösung in ein eigenes Dokument (oder in Dokumenten), das eine weniger bindende Form besitzt, aufnehmen.

Im Verlauf des Gesprächs mit E. Honecker wäre es wünschenswert (sollte er diese Frage zur Sprache bringen) zu insinuieren, dass es angesichts der instabilen innenpolitischen Lage in der BRD und der gegenwärtig geführten komplexen Gespräche der deutschen Freunde mit der BRD lohnenswert wäre, die Frage über den Abschluss eines neuen Vertrages zwischen der DDR und der UdSSR aufzuschieben.

b) Die Frage über Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte sowie die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beitritt der DDR und der BRD zur UNO stellten die USA, England und Frankreich im Verlaufe des Treffens der Außenminister der Vier Mächte in Westberlin der sowjetischen Seite offiziell die Frage nach der Notwendigkeit einer „in schriftlicher Form“ zu verfassenden Bestätigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte „für Berlin und Deutschland als Ganzes“. Diese Haltung der drei Mächte trifft seitens der BRD auf keine Einwände.

Diese erdachte Frage über die Notwendigkeit einer Bestätigung der sogenannten „Vier-Mächte-Verantwortlichkeiten“ kann jedoch von westlicher Seite zu einem ernsthaften Hindernis für den Beitritt der DDR zur UNO und für die Normalisierung der Beziehungen [der DDR] mit den kapitalistischen Ländern aufgebaut werden.

Unsere Linie dazu könnte folgendermaßen aussehen: Zu einem Zeitpunkt, an dem ein intensiverer Meinungs-austausch zwischen der DDR und der BRD beginnt, ist das Einverständnis für eine durch Meinungs-austausch zwischen den Vier Mächten erarbeitete Formel über die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zu erteilen. Dabei ist im Auge zu behalten, dass sich die Sowjetunion grundsätzlich niemals von ihren aus den alliierten Abkommen erwachsenden Rechten und Verpflichtungen distanzierte, was im Besonderen auf das Potsdamer Abkommen zutrifft.

Bei der Erarbeitung einer Formel über die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte ist so vorzugehen, dass diese allgemein gehalten ist und den drei Mächten keinerlei Erweiterung ihrer Rechte im Vergleich mit den ihnen gemäß den alliierten Abkommen zugestanden Rechten ermöglicht, was insbesondere zulasten der Interessen der DDR gehen könnte. In diesem Zusammenhang müssen die entsprechenden Bestimmungen des Viermächteabkommens über Westberlin hinsichtlich der Unveränderlichkeit individueller und gemeinsamer Rechte und Verantwortlichkeiten aus den alliierten Abkommen der Kriegs- und Nachkriegszeit herangezogen werden. Dabei sind Formulierungen zu erzielen, welche die Haltung der USA, Englands und Frankreichs im Sinne einer Aufnahme der DDR in die UNO determinieren, was einer möglichst schnellen Lösung dieser Frage dienlich wäre. Die deutschen Freunde sprechen sich für ein solches Vorgehen aus.

Bei der Erarbeitung einer für uns annehmbaren Formel über die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte sollten wir uns der Methode einer vorherigen Abstimmung der Positionen mit der amerikanischen Seite bedienen, was sich bei der Vorbereitung einer Regelung zu Westberlin bewährt hat; dabei ist zu beachten, dass die Frage über den Beitritt der beiden deutschen Staaten zur UNO mit Präsident Nixon in Moskau erörtert wurde. Für Kontakte bezüglich dieser Fragen wäre es zielführend, den entsprechenden vertraulichen Kanal zu nutzen.

Ebenso im Auge zu behalten ist die in einem passenden Augenblick wahrzunehmende Durchführung eines vertraulichen bilateralen Meinungs-austausches mit den Franzosen über die Erarbeitung einer für uns und die DDR annehmbaren Formel bezüglich der Verantwortlichkeiten der Vier Mächte.

Im Zuge des Meinungs-austausches mit den drei Westmächten wäre es ebenso zielführend, vertrauliche bilaterale Kontakte mit dem Kanzleramt von W. Brandt zu unterhalten.

Zu den Punkten a) und b) sind bei Bedarf Beratungen mit den deutschen Freunden durchzuführen.

c) Die Verhandlungen zwischen der ČSSR und der BRD

Die Kompromissformel zur Frage der Nichtigkeit des Münchner Abkommens, die von den tschechoslowakischen Freunden unter Berücksichtigung unserer Empfehlungen eingebracht wurde, hat die westdeutsche Seite im Zuge der letzten Etappe des Meinungs-austausches zwischen der ČSSR und der BRD am 29.-30. Juni d. J. nicht angenommen. Ein Zeitpunkt für das nächste Treffen von Vertretern der ČSSR und der BRD wurde noch nicht festgelegt.

Nach alledem zu urteilen, erwägt die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Regelung der Beziehungen mit der Tschechoslowakei hinauszuzögern, weil man befürchtet, dass die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens unmittelbar vor den Bundestagswahlen aufgrund eines Vorschlages der ČSSR viele einst sudetendeutsche Wähler von der regierenden Koalition abschrecken könnte. Dennoch erkennt man in der SPD auch die negativen Aspekte dieser Vorgehensweise, die die Normalisierung der Beziehungen der BRD mit den anderen sozialistischen Ländern Europas hindert und die Darstellung der konkreten Ergebnisse der „Ostpolitik“ Brandts erschwert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Regierung Brandt ihre Haltung in dieser Frage schon bald genauer darlegen wird. Dazu existieren einige Informationen.

Es erscheint als zielführend, die vorhandenen Möglichkeiten zur weiteren Druckausübung auf die Haltung der BRD zu nutzen, indem wir auf der Notwendigkeit der Erfüllung ihrer aus der Absichtserklärung erwachsenden Verpflichtungen beharren. Gemeinsam mit den tschechoslowakischen Freunden haben wir eine Linie zu verfolgen, die darauf abzielt, dass man in den Beziehungen zwischen der ČSSR und der BRD schon bald vom sondierenden Meinungsaustausch hin zu intensiven offiziellen Verhandlungen übergeht.

Eine solche Linie würde auch den Interessen Polens, Ungarns und Bulgariens entsprechen, die an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD interessiert sind, insbesondere [den Interessen] Polens, wenn man den gewissen Grad an Übereinkunft berücksichtigt, der dazu zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD erzielt wurde.

III. Praktische Fragen zu den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen

1. Auf parlamentarischer Ebene

Auch in Zukunft ist generell eine Ausweitung der Beziehungen zwischen Parlamentariern der UdSSR und der BRD anzustreben, und sind diese Beziehungen im Sinne einer für uns vorteilhaften Einwirkung auf die Positionen der Abgeordneten aus den Reihen der Koalition und auch von Vertretern der CDU zu nutzen. Im Einzelnen:

a) Die parlamentarische Gruppe der UdSSR hat mit dem Bundestag einen regelmäßigen Austausch von kleineren parlamentarischen Delegationen auf Ebene der entsprechenden Kommissionen des Obersten Sowjets der UdSSR und des Bundestages der BRD zu organisieren; diese sollten auf den gegenseitigen Erfahrungsaustausch in der Organisation des Gesundheitssystems, auf Fragen des Umweltschutzes, auf die Situation der werktätigen Frauen u. ä. abzielen.

b) Im Namen des Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe der UdSSR ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, H. Wehner, einzuladen (nach vorheriger Beratung mit Brandt).

2. Auf der wissenschaftlich-technischen sowie Handels- und Wirtschaftsebene

a) Der sowjetische Teil der gemischten Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD hat der westdeutschen Seite den sowjetischen Abkommensentwurf über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu übergeben und vorzuschlagen, zeitnah mit den Verhandlungen über dessen Abschluss zu beginnen.

b) Das Staatliche Komitee der UdSSR zur Nutzung der Atomenergie hat die Vorschläge des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft der BRD über eine Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten eingehend zu studieren und seine Vorschläge sodann dem ZK der KPdSU zu präsentieren: schnelle „Brüter“-Reaktoren, Plasmaphysik, Fragen der Sicherheit von Kernreaktoren, Kernphysik, Festkörperphysik, reaktorbezogene Materialkunde und direkte Umwandlung von Kernenergie in elektrischen Strom.

c) Dem Staatlichen Komitee der UdSSR zur Nutzung von Atomenergie ist der Auftrag zu erteilen, im Laufe des Jahres 1972 eine Delegation in die BRD zu entsenden, um mit der westdeutschen Seite die grundlegenden Richtungen und Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung von Kernenergie mit dem Ziel zu erörtern, den Abschluss eines entsprechenden Abkommens zwischen dem Staatlichen Komitee der UdSSR zur Nutzung von Atomenergie und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft der BRD vorzubereiten.

Das Staatliche Komitee der UdSSR zur Nutzung von Atomenergie und das Ministerium für Außenhandel haben Sondierungsgespräche über die Möglichkeit durchzuführen, der BRD unsere Dienste zur Anreicherung von unbehandeltem Uran anzubieten, den der Auftraggeber liefern würde.

3. Auf anderen Gebieten

a) Das Außenministerium der UdSSR wird im September d. J. Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit führen.

b) Der Allunions-Zentralrat der Gewerkschaften hat Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Kontakte mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und zur Verstärkung der Informations- und Propagandatätigkeit in der BRD mithilfe von Verbindungen zu westdeutschen Gewerkschaften vorzusehen. (Internationale Abteilung des ZK.)

c) Die Union der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland hat Maßnahmen zur Ausweitung und Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen für Freundschaft und kulturelle Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD sowie zur Herstellung von Kontakten zwischen Städten der UdSSR und der BRD vorzusehen. In Anbetracht des Wunsches nach Intensivierung der Verbindungen mit der BRD auf der Ebene gesellschaftlicher Organisationen und deren Überführung auf eine neue Grundlage unter den Bedingungen des Inkrafttretens des Vertrags vom 12. August 1970 ist es erforderlich, das sowjetische Institut zur Förderung der Beziehungen mit der BRD in eine Gesellschaft „UdSSR–BRD“ umzuwandeln.

IV. Fragen im Zusammenhang mit der Erfüllung des Viermächteabkommens über Westberlin

a) Angesichts der von der BRD unternommenen Versuche, in einer Reihe von Fällen entgegen der Grundsatzbestimmung des Viermächteabkommens zu handeln, demzufolge Westberlin kein integraler Bestandteil der BRD ist und auch zukünftig nicht von dieser verwaltet werden wird, ist es erforderlich, dieser Linie der BRD entschlossen entgegenzutreten und das strikte Einhalten der Bestimmungen des Viermächteabkommens einzufordern.

b) Sämtliche sowjetischen Behörden und Organisationen haben strikt das im Abkommen festgelegte Vorgehen bezüglich der Interessenvertretung Westberlins auf internationaler Bühne und des Unterhaltens von Beziehungen mit dieser Stadt einzuhalten. Das Außenministerium der UdSSR hat die ordnungsgemäße Kontrolle in dieser Angelegenheit zu gewährleisten.

c) Im Bedarfsfall sind über das Außenministerium der UdSSR Beratungen mit den sozialistischen Bruderländern zu praktischen Fragen der Realisierung des Viermächteabkommens und zur Umsetzung der Linie der sozialistischen Länder in Bezug auf Westberlin durchzuführen.

d) Das Ministerium für Außenhandel, das Ministerium für Kultur der UdSSR, das Ministerium für höhere und mittlere Fachausbildung der UdSSR, das Staatliche Komitee des Ministerrates der UdSSR für Fernsehen und Radio, das Staatliche Komitee des Ministerrates der UdSSR für Verlags-, Druckwesen und Buchhandel, das Staatliche Komitee des Ministerrates der UdSSR für das Filmwesen, die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, das Komitee für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR, die Presseagentur „Novosti“ und die Union der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, haben ihre Verhandlungslinie zur Ausweitung des Austauschs und der Beziehungen mit Westberlin zwecks weiterer Festigung des Einflusses der UdSSR in dieser Stadt fortzuführen.

V. Fragen der Information- und Propagandatätigkeit

Mit Inkrafttreten des Vertrages vom 12. August 1970 ergeben sich günstigere Möglichkeiten zur Verstärkung unseres ideologischen Einflusses in der BRD. Die Informations- und Propagandatätigkeit in Bezug auf die BRD ist dahingehend auszurichten, dass sie die für die UdSSR vorteilhaften Tendenzen in der Innen- und Außenpolitik der BRD fördert sowie die Positionen derjenigen politischen Kräfte im Lande stärkt, die für eine konsequente Umsetzung der Beschlüsse des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD eintreten.

In Presse, Radio und Fernsehen ist die grundlegende Bedeutung des Moskauer Vertrages und seiner Beschlüsse für die Entwicklung sowohl der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen als auch der europäischen Entwicklung insgesamt hervorzuheben; zudem ist über die praktischen Ergebnisse der Vertragsumsetzung zu berichten. Darüber hinaus ist die Haltung der Gegner der Moskauer und Warschauer Verträge auf Seiten der BRD sachlich und argumentativ zu kritisieren, und die Perspektivlosigkeit ihrer Versuche zu entlarven, den Normalisierungsprozess in den Beziehungen der BRD mit den sozialistischen Ländern Europas zu behindern.

Ein ständiges Interesse muss der Frage der Beendigung der Diskriminierung der DDR auf der internationalen Bühne gelten, wobei man die Notwendigkeit einer möglichst schnellen Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO sowie der Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der ČSSR betont.

In der sowjetischen Presse und im Radio sind regelmäßig Materialien zur Unterstützung der Position der deutschen Freunde in Fragen der Abgrenzung der beiden deutschen Staaten nach sozialen und klassenbezogenen Gesichtspunkten, der notwendigen Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Achtung der Souveränität und der Unabhängigkeit – ausgehend von den allgemeingültigen Normen des Völkerrechts – zu veröffentlichen.

Fragen der Umsetzung des Viermächteabkommens über Westberlin sowie der inneren Entwicklung der Stadt und ihrer Beziehungen mit der Außenwelt sind zu beleuchten, wobei die besondere Lage Westberlins als politisches Gebilde zu betonen ist, das keinen integralen Bestandteil der BRD darstellt.

Zum Zwecke einer Steigerung der Effektivität unseres politischen Einflusses auf die BRD ist Folgendes zu tun:

a) Erhöhung der Auflagen von Informationsmaterial in deutscher Sprache, das den kommunistischen Aufbau in der UdSSR, die verschiedenen Seiten des sowjetischen Lebens und den Kampf für die Umsetzung des sowjetischen Friedensprogramms beleuchtet. Besondere Aufmerksamkeit ist der Qualität und Effektivität der für eine Verteilung in der BRD vorgesehenen Materialien zu widmen. Für die Verbreitung der für uns nützlichen Information in der BRD sind die Kanäle der westdeutschen Presse, von Radio und Fernsehen, in größerem Maße zu nutzen. Die Akademie für Pädagogische Wissenschaften hat konkrete Vorschläge zu dieser Frage vorzulegen.

b) Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR und die entsprechenden Ministerien haben Vorschläge zur Aufnahme einer Zusammenarbeit mit den westdeutschen Behörden zu unterbreiten, die sich mit der Herausgabe von Schulbüchern befassen, mit dem Ziel, eine objektivere Ausrichtung der über die Sowjetunion abgedruckten Materialien sicherzustellen.

c) In theoretisch ausgerichteten Zeitschriften sind Artikel zu veröffentlichen, die eine Kritik an den ideologischen Konzeptionen der SPD beinhalten und die antikommunistische Ausrichtung sowie den antimarxistischen Charakter der Partei aufdecken. Derartige Publikationen würden behilflich sein, die von CDU/CSU betriebene Propaganda über die angebliche Wendung der Sozialdemokraten zu ideologischen Verbündeten der UdSSR zu entlarven, und es der SPD erschweren, ihre rechtsgerichteten sozialdemokratischen Doktrinen unter der Bevölkerung ihres Landes und auch im Ausland zu propagieren und zu verbreiten.